

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 8036/39  
Telex: 8 86 846 ppon d



## Inhalt

42. Jahrgang / 163

28. August 1987

Dr. Willfried Penner MdB würdigt den verstorbenen früheren DFB-Präsidenten; Willi Weyer war ein Sportpolitiker in bestem Sinne.  
Seite 1

Horst Peter MdB plädiert für eine Ergänzung des parlamentarischen Entscheidungsprozesses durch plebiszitäre Elemente: Von der Zuschauerdemokratie zur Beteiligungsgesellschaft.  
Seite 3

Brigitte Adler MdB skizziert die Rahmenbedingungen einer Lösung des Streits um Boxberg; Gefragt sind Antworten, keine Sonntagsreden.  
Seite 5

Bernhard Kasperek fordert einen neuen Konsens in der Energiepolitik zur Sicherung der Kohle: Solidarität mit den Bergleuten.  
Seite 6

Willi Weyer war ein Sportpolitiker in bestem Sinne

Zum Tode des früheren DSB-Präsidenten

Von Dr. Willfried Penner MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen  
Bundestagsfraktion

Mit Willi Weyer verliert die deutsche Sportbewegung eine der profiliertesten Führungspersönlichkeiten der Nachkriegszeit.

Ich habe noch vor wenigen Wochen in einem Gespräch von Willi Weyer erfahren können, wie ihn die Entwicklung des Sports - und insbesondere des Vereinssports - bewegt.

Gesellschaftspolitik war ohne die demokratische Sportbewegung für ihn undenkbar.

Willi Weyer war von Sorge erfüllt, daß in Zukunft ein großer Mangel an ehrenamtlichen Mitarbeitern und Führungspersönlichkeiten in den Sportvereinen und Verbänden herrscht.

Aktiver Sportler war er immer, ein sinnen- und lebensfroher Mitmensch zudem. Die Konsensfähigkeit, die Einsicht zum Kompromiß und die Verlässlichkeit auf das gegebene Wort zeichneten den Politiker, Sportpräsidenten und leidenschaftlichen Streiter in grundsätzlichen Fragen aus.

Vor diesem Hintergrund muß auch seine Amtszeit als Präsident des Deutschen Sportbundes (1974 bis 1986) gesehen werden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Produktions-Druckerei  
mit wertvollem Recycling-  
Papier



Sein großes Verdienst ist die gesellschaftspolitische Aufwertung des Sports und die Festigung der Erkenntnis, daß das Sportvereinswesen mit dem unschätzbaren ehrenamtlichen Engagement Millionen von Mitbürgern ein Juwel ist - über alle Parteigrenzen hinweg.

In seiner Amtszeit wurde der Deutsche Sportbund zur größten gesellschaftlichen Organisation unseres Landes, die Zahl der Vereine erreichte die 60.000-Grenze, die Gesamtmitgliederzahl mehr als 20 Millionen.

Das Motto „Sport für alle“ war sein großes Ziel und die Herausforderung für die Vereine und Verbände überhaupt.

Der liberale Politiker sah darin ein Stück Selbstverwirklichung und die Chance zur positiven Lebensgestaltung der Mitbürger aller Altersgruppen.

Die Sozialdemokraten fanden vor allem die uneingeschränkte Unterstützung von Willi Weyer, um die Zielsetzungen der „Sozialen Offensive im Sport“ und des „Humanen Leistungssports“ zu verwirklichen.

Bei den Verbesserungen der Sport- und Jugendbeziehungen zur DDR, den osteuropäischen Staaten und der Volksrepublik China bemühte er sich redlich und erfolgreich.

Israel konnte ihm vertrauen.

Willi Weyer besaß auch die Souveränität, Irrtümer freimütig einzugestehen.

Den Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau - als Antwort auf die sowjetische Militärintervention in Afghanistan - bezeichnete er später als falsch.

Bis zu seinem Tode war er Präsident des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen, seit 1957.

In drei Jahrzehnten wurde dieser Verband zu einem der renommiertesten Landessportbünde innerhalb des Deutschen Sportbundes.

Zahlreiche Entwicklungen im deutschen Sport - vor allem im Freizeitsport, in den sozialen und kulturellen Bereichen und im Jugendsport - gingen von Nordrhein-Westfalen aus. Deshalb war Willi Weyer in den letzten Monaten seines Lebens um die Zukunft und die Führung des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen besorgt.

Mit Willi Weyer verliert die Bundesrepublik Deutschland einen ihrer herausragendsten Politiker.

Vor allem der Sport hat Willi Weyer viel zu verdanken.

(-/28.8.1987/st/ks)

\* \* \*

Von der Zuschauerdemokratie zur Beteiligungsgesellschaft

Für mehr plebiszitäre Elemente in der parlamentarischen Demokratie

Von Horst Peter MdB  
Obmann für Petitionen in der SPD-Bundestagsfraktion

Das Problem drängt: Demoskopien konstatieren wachsende Staats- und Parteienverdrossenheit, wachsende Distanz zwischen Volk und Volksvertretern. Der Anteil der Nichtwähler wächst kontinuierlich, ebenso der Anteil der Wechselwähler. Die Parteien beklagen, daß es immer schwerer wird, die Stammwähler zu binden. Andererseits haben in den letzten Jahren mehr als sechs Millionen Bundesbürger in irgendeiner Form Bürgerinitiativen unterstützt, Volksbegehren gestartet, Massenpetitionen unterschrieben.

Offensichtlich gehen Mißtrauen und Distanz gegenüber den Entscheidungen gewählter Repräsentanten einher mit dem Wunsch nach Partizipation, dem Wunsch, den Begriff Demokratie wörtlich zu nehmen: „Alle Macht geht vom Volke aus“, heißt es in Artikel 20 des Grundgesetzes (GG).

Betrachtet man die Bürger, die sich einmischen wollen, genauer, so stellt man fest, es sind die Gruppen von Wählern, die bei den letzten Wahlen alle verunsichert haben: überdurchschnittlich viele Jugendliche, überdurchschnittlich viele Frauen, überdurchschnittlich viele Repräsentanten der neuen Mittelschichten mit ihrem Lebensgefühl: Verlangen nach Lebensqualität, Individualität, Selbstbestimmung.

Die SPD ist gut beraten, diese Entwicklung ernst zu nehmen, war sie doch in den frühen 70er Jahren mit ihrer Reformpolitik in der Lage, diese Bürger zu binden. „Mehr Demokratie wagen“ war ein Symbol für diese Bindekraft. Ich glaube, auch in der gegenwärtigen Situation ist es richtig, gleichzeitig nach inhaltlichen Aussagen und nach Beteiligungsformen zu suchen, um diese Bürger wieder auf die SPD zu orientieren. Es geht um die glaubwürdige, konkrete, im Handeln nachprüfbar, auf die Zukunft bezogene Sachaussage und die Öffnung der Partei zur beteiligungsbezogener Politik in gleicher Weise.

Einerseits sind die Chancen der SPD sicherlich gut, da die Gestaltung der ökonomischen und technischen Entwicklung im Interesse der Menschen das Lebensgefühl dieser Bürger/innen trifft, andererseits muß die Partei über ihren Schatten springen. Die traditionelle Willensbildung der Programmpartei SPD, die auf permanentes politisches Engagement der Mitglieder angelegt ist, paßt nicht zum



Lebensgefühl der jungen, gebildeten Mittelschichten. Deren Vorstellung von autonomer Gestaltung des Lebens verträgt sich nicht mit der Forderung nach permanentem gesellschaftlichem und politischem Engagement. Diese Menschen wollen leben, kommunizieren, sich kulturell betätigen, sich aber auch politisch engagieren, mitentscheiden, entscheiden können. Sie sind diejenigen, die im Berufsleben tagtäglich entscheiden müssen und nicht verstehen, daß sie sich in Politik und Gesellschaft auf den Wahlprozeß beschränken sollen. Sie wollen nicht nur vier Jahre Zuschauer sein, nachdem sie ihre Stimme abgegeben haben, sie wollen sich auch zwischen den Wahlen beteiligen, wenn es um für sie existenzielle Fragen geht, ohne in eine Partei eintreten zu müssen. In einer Diskussion während des letzten Kirchentages forderte ein junger Mann das Recht auf punktuelle Einmischung: „Wenn ich im Kaufhaus ein Fahrrad kaufen will, möchte ich nicht gleichzeitig den Kühlschrank und das Radio miterwerben müssen.“

Parlamentarismus und Parteiendemokratie existieren in der Realität durch den professionellen beziehungsweise halbprofessionellen Politiker oder Funktionär, der Organisation und Satzung zur Bestätigung seiner Position nutzt. Der punktuell engagierte Bürger „bringt alles Durcheinander“, wie sich einst Karl Kautsky über die Genossin Luxemburg ärgerte.

Die SPD muß ihre Tradition nicht verleugnen, aber sie sollte sich dafür einsetzen, gesellschaftliche und institutionelle Bedingungen zu schaffen, die es Bürger/innen ermöglichen sich einzumischen, wenn sie es für notwendig halten in Fragen, die - nicht nur für sie - existenziell wichtig sind.

Ich halte ein SPD-Forum: „Mehr Demokratie wagen“ für eine Chance, sich diesen Bürger/innen zu öffnen. Dort müßte mit Ihnen diskutiert werden, wie sich die Partei für diesen punktuellen Seiteneinstieg in ihre Willensbildung öffnen kann. Ich meine, die SPD muß sich ernsthaft mit der Forderung nach plebiszitären Elementen als Ergänzung des parlamentarischen Entscheidungsprozesses auch auf Bundesebene auseinandersetzen. Dabei wird es schon um konkrete Ausgestaltungen der Forderungen gehen müssen, etwa die Frage nach den Bedingungen, die gestellt werden müssen an ein Abstimmungsgesetz, damit die Bürger/innen echte Chancen haben, sich durchzusetzen. Ich halte zwei Bedingungen für unerlässlich:

- Bürger/innen, die ein Plebiszit betreiben, müssen einen Zugangsanspruch zu den öffentlichen und privaten Medien erhalten, um für ihr Anliegen zu werben.
- Bürger/innen, die ein Plebiszit betreiben, müssen ein Recht darauf haben, Experten heranzuziehen und die notwendigen Informationen zu erhalten, um den Gegenstand des Plebiszits in Gesetzesform fassen zu können.

Die Diskussion über Beteiligungsgesellschaft als Alternative zur Zuschauerdemokratie ist für die SPD eine Chance, neue Bevölkerungsschichten auf sich zu orientieren. Sie sollte genutzt werden.

(-/28.8.1987/st/ks)



Gefragt sind Antworten, keine Sonntagsreden

Zum Streit um Boxberg

Von Brigitte Adler MdB

„Haß und Zwietracht muß beendet werden. Die unterschiedlichen Auffassungen der Befürworter und Gegner der Teststrecke Boxberg prallen unvermindert hart aufeinander. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Enteignung zugunsten eines großen Industrieunternehmens abgelehnt hatte, wurde von verschiedenen Seiten versucht, auf „freiwilliger“ Basis doch noch zum Ziel zu kommen. Aber wie immer macht der Ton die Musik.

Für die Region aber ist es wichtig, daß endlich eine Entscheidung fällt. Mit Druck und Repressionen kann dabei nicht vorgegangen werden. Lockangebote, um zu erreichen, daß doch noch verkauft wird, sind ebenfalls ungeeignete Mittel. Schuldzuweisungen müssen endlich aufhören.

Festgestellt werden kann, daß sich die CDU-Verantwortlichen in der Regierung und den nachgeordneten Stellen verrechnet haben, als sie glaubten bei den Bauern leichtes Spiel zu haben. Sie haben diese verfahren Situation zu verantworten.

Aus meiner Sicht kann nur ein versierter, neutraler Vermittler weiterhelfen. Ein Vermittler, der juristisch vorgebildet, auch die rechtliche Lage beurteilen kann. Die Spannungen der zwischenmenschlichen Beziehungen müssen behoben werden. In der Person des früheren Bundesverfassungsrichters Professor Dr. Ernst Benda sehe ich die Möglichkeit dies zu erreichen. Herrn Professor Benda habe ich deshalb gebeten, für diese Aufgabe zur Verfügung zu stehen. Diesen Vorschlag habe ich den Landwirten, die geklagt hatten, unterbreitet. Den Vorstandsvorsitzenden der Daimler Benz AG habe ich wie den Ministerpräsidenten unterrichtet. Alle müssen nun wollen, daß eine tragfähige Lösung zustande kommt.

Ohne Druck und den Versuch zu irgendwas überredet zu werden, sollte hier das Gespräch geführt werden.

Dabei kommt es nun darauf an, daß jede Seite die sich dann abzeichnende Lösung akzeptiert. Auf diesem Ergebnis muß aufgebaut werden, für die dann notwendig werdenden Schritte. Die SPD-Landtagsfraktion hat in diesem Zusammenhang bereits die Landesregierung aufgefordert für den Main-Tauber-Kreis einen Entwicklungsplan zu erarbeiten, der alle Initiativen und Vorschläge zusammenfaßt.

Ausbildungs- und Arbeitsplätze für die Menschen dürfen nicht nur in Stuttgart zur Verfügung stehen. Die Abwanderung ist nur zu stoppen, wenn qualifizierte Arbeitsplätze vermehrt auch im Main-Tauber-Kreis angeboten werden. Traurig ist, daß sich die CDU nur auf ein großes deutsches Unternehmen stützt, ohne Alternativen benennen zu können. Als Abgeordnete habe ich seit über sieben Jahren konkrete Vorschläge gemacht, wie der Main-Tauber-Kreis mit der Region Boxberg entwickelt werden könnte, wenn der politische Wille vorhanden wäre. Als Beispiele seien angeführt: Wirtschaftsfördermittel müssen sich an den tatsächlich geschaffenen Arbeitsplätzen orientieren, der Aufbau eines dezentralen Inselnetzes durch die Digitalisierung der Fernsprechstellen der Mittelzentren im Main-Tauber-Kreis, Ausbau im Fachhochschulbereich durch Außenstellen von Fachhochschulen des Landes, konkrete Beratungen der Firmen, die sich ansiedeln wollen, sowie bei Firmengründungen sollte auch der Main-Tauber-Kreis vorgeschlagen werden.

Dieser Kreis hat einiges zu bieten, nämlich fleißige und arbeitsfähige Menschen. Diese „Pfunde“ müssen besser eingesetzt werden. Der Strukturwandel der Landwirtschaft setzt sich fort, die Betroffenen brauchen Antworten und keine Sonntagsreden. Alternativen in der Landwirtschaft wären in diesem Raum ebenfalls auszuprobieren. Warum nicht den Seehof in einem Modellversuch der alternativen Landwirtschaft übergeben? Die Landesregierung könnte mit einem Schlag mehrere Aufgaben meistern.

Hoffnungslos ist die Situation nicht, wenn man bereit ist, endlich im Interesse der Menschen zu handeln.

(-/28.8.1987/st/ks)

\* \* \*



### Solidarität mit den Bergleuten

Zur Situation der heimischen Kohle und der IGBu.E

Von Bernhard Kasperak  
Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Recklinghausen

Im kohlenreichsten Kreis der Bundesrepublik stehen die Zeichen auf Sturm. Die Bergleute protestieren. Von Tag zu Tag werden die Proteste heftiger. Wir schließen uns diesen Protesten der Bergleute an und erklären uns mit ihnen solidarisch.

Die Folgen von zwei Ölkrisen haben uns gezeigt, daß wir die Abhängigkeit von Energieimporten teuer bezahlen müssen.

Die unter dem Bundeskanzler Helmut Schmidt formulierte und von allen Parteien getragene Politik, den Steinkohlenbergbau als nationale Sicherheitsreserve zu erhalten, muß wieder Geltung bekommen.

Das muß man politisch wollen - die SPD will das! Das gibt es aber nicht zum Null-Tarif!

Teile der jetzigen Bonner Koalition planen den Ausstieg aus der Kohlevorrangpolitik, indem sie die Kohle in den Wettbewerb mit importierten Energieträgern stellen wollen.

Man darf aber dabei nicht vergessen, daß die jetzigen günstigen Weltmarktpreise nur darauf beruhen, daß die Kohlevorrangpolitik die Macht der OPEC erst gebrochen hat.

Die Steinkohle deckt heute 20 Prozent unseres Energiebedarfes, davon werden 87 Prozent in Nordrhein-Westfalen gefördert.

Der weltweite Verbrauch an Primärenergie wird zu 1/3 durch Kohle und zu 2/3 durch Öl und Gas gedeckt. Aber nur 20 Prozent der Vorräte betreffen Öl und Gas, aber 80 Prozent die Kohle. Und 1/5 der Weltbevölkerung verbraucht 3/4 der Energie. Allein diese Zahlen machen deutlich, wie wichtig die Kohle für uns und unsere Kinder ist.

Scharf kritisiert der SPD-Unterbezirk Recklinghausen die Verhandlungsstrategie, die die Bergleute im Ungewissen läßt. Was wir brauchen, ist eine langfristige Perspektive für die Kohle und damit auch eine Perspektive für unsere Städte, den Kreis und die Region.

Anscheinend ist noch nicht allen bewußt, daß Kaufleute, Handwerker, Ärzte, Banken oder der öffentliche Dienst ebenso betroffen sind wie die Bergleute selbst: vom Bäcker bis zum Banker.

Die Bonner Bergbauernichtungs politik betrifft natürlich auch den kohlereichsten Kreis der Republik, den Kreis Recklinghausen, hautnah. Annähernd 30.000 Bergleute und circa 40.000 in den Mantelindustrien, das heißt den Zulieferern und Spezialgesellschaften mit internationalem Ruf und hohem Exportanteil, sind in ihrer Existenz bedroht.

Die für den Herbst geplante Kohlerunde muß Kohlepolitik wieder als nationale Aufgabe und Bestandteil der nationalen Energiepolitik vereinbaren. Hier hat die IG Bergbau und Energie die uneingeschränkte Solidarität der Sozialdemokratischen Partei, u.a. des SPD-Unterbezirks Recklinghausen.

Dies gilt ebenso für die ins Stocken geratenen Tarifverhandlungen. Hier sind im Rahmen der Tarifautonomie mutige Schritte in Richtung Arbeitszeitverkürzung nötig.

Was im Metallbereich ohne aktuelle Not möglich war, muß in dieser Zeit gerade im Bergbau auch möglich sein. Solch ein „tarifpolitisches Paket“ darf die Chance von angemessenen Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung - und damit der Verteilung der Arbeit auf viele Schultern - nicht ungenutzt verstreichen lassen.

Es geht nicht darum, „Einfach-Lösungen“ zu präsentieren. Aber Bedrohungen für die Kohle gehen sowohl von der Politik der Bundesregierung, drohenden Kohleimporten, als auch der zunehmenden Kernenergie aus. Über die Auswirkungen für die Kohle durch die Inbetriebnahme der vier im Bau befindlichen Kernkraftwerke muß auch endlich Klarheit geschaffen werden.

Ein neuer Konsens in der Energiepolitik muß die Kohle langfristig sichern und allen anderen Energieträgern ihren Beitrag abverlangen. Der Verzicht auf die Nutzung einer neuen Qualität in der Kernenergie-Technik, das heißt, die Plutoniumwirtschaft muß der erste Schritt sein.

(-/26.8.1987/st/ks)